

Montag, 25. April 1977

Blatt 979

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Schieder: Donaukanal - Erholungsgebiet und natürliche
(rosa) Landschaft
Eröffnung neuer Zentraljugendzahnklinik und Volksschule
Alsergrund: Für Sporthalle in der Sensengasse
Eine zweite Heilquelle für Ober-Laa?
"Frühjahrsputz": 20.000 Kubikmeter Müll und Gerümpel
beseitigt
Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Wiener Katastrophenhilfegesetz fertiggestellt
- Lokal: Erste Wiener Krimi-Lesung
(orange) Ehrenring der Stadt Wien für Prof. Breitenecker
- Kultur: Einführungsvortrag zur Schallaburg-Ausstellung
(gelb)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

schiedler: donauinsel - erholungsgebiet und natuerliche landschaft

wien, 25.4. (rk) "mit der donauinsel wird mitten in der stadt eine landschaft geformt, die in neuer gestaltung die elemente der alten landschaft konserviert", betonte stadtrat peter s c h i e d e r freitag im rahmen eines vortrags ueber neue und alte donau, lobau und prater bei der ausstellung "donaubereich" im haus der begegnung floridsdorf. die insel soll nicht nur erholungsmoeglichkeiten bieten, sondern auch eine aulandschaft mit ihren charakteristischen merkmalen sein.

die stadt wien gehe dabei in zusammenarbeit mit der jury donaubereich von zwei prinzipien aus, erklarte schiedler. bei der ausgestaltung der donauinsel wird verstaerkt auf die oekologische belastbarkeit ruecksicht genommen. die natur sei nur bis zu einer gewissen grenze belastbar. schon bei der gestaltung muessen daher wege und rastplaetze so angelegt werden, dass das gebiet nicht zwei bis drei jahre schoen und dann durch die benutzung zerstoert sei, sondern dass die zu starke belastung einzelner bereiche vermieden werde. die donauinsel soll fuer den einzelnen nutzbar und trotzdem natuerlich gestaltet sein.

"die natuerlichen formen dieses donaubereichs, die aulandschaft die pflanzen und tierwelt, sollen auf der donauinsel wiederkehren", meinte schiedler. es wurde deshalb eine oekozone beim toten grund geschaffen, ein refugium, in das sich die tierwelt waehrend der bauarbeiten zurueckziehen kann und von dem aus sie sich nach der fertigstellung wieder ausbreiten kann. auch bei der bepflanzung wird auf die urspruenglich vorhandenen formen ruecksicht genommen.

die donauinsel werde eine verbindung zwischen dem wald- und wiesenguertel, zwischen lobau und prater herstellen, betonte schiedler. die lobau selbst soll in naher zukunft aus drei geschuetzten bereichen bestehen: einem vollnaturschutzgebiet mit weitgehend urspruenglicher natur im bereich panozzalacke und untere lobau, umgeben von einem teilnaturschutzgebiet, die einen uebergang zu den landschaftsschutzgebieten - hier wird zum beispiel auch sportliche betaetigung moeglich sein - bilden.

bereits 3.000 besucher in der ausstellung donaubereich
bezirksvorsteher otmar e m e r l i n g, der im rahmen des
vortrags und der anschliessenden diskussion auf die bedeutung des
erholungsraums donauinsel fuer die floridsdorfer bevoelkerung hin-
wies, konnte freitag auch gleich den 3.000. besucher der vor
einigen tagen eroeffneten ausstellung begruessen. der jubilaeums-
gast, herr alois k u e h a s, war allerdings kein floridsdorfer:
er stammt aus der brigittenau. (hs)

++++

k o m m u n a l :

=====

eroeffnung neuer zentraljugendzahnklinik und volksschule

8 wien, 23.4. (rk) im 9. bezirk, in der salzergasse 28 bzw. in der markt-gasse 31 - 35, wurde samstag von vizebuorgermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r und gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r in anwesenheit von otto s c h w e d a , zweiter praesident des wiener landtags, stadtrat dr. erwin b u s e k , stadtschulratspraesident hofrat dr. hermann s c h n e l l , bezirksvorsteher karl s c h m i e d - b a u e r sowie abgeordneten des national-, bundes- und gemeinde-rats wiens neue zentraljugendzahnklinik , eine neue zehnklassige volksschule fuer knaben und maedchen und ein jugendzentrum eroeffnet. die neue klinik, die mit den modernsten medizinisch-technischen geraeten ausgestattet wurde, ist mit einem kostenaufwand von insgesamt 19,5 millionen schilling baulich adaptiert und eingerichtet worden. sie verfuegt u.a. ueber eine narkosestation - die einzige dieser art und kapazitaet in europa - , die es ermoeeglicht, zahnbehandlungen auch bei "schwierigen" patienten in vollnarkose durchzufuehren. wie notwendig eine solche einrichtung ist, beweist die statistik, derzufolge seit dem jahre 1965 5.700 kinder in vollnarkose zahnaerztlich behandelt wurden. ein weiterer schwerpunkt ist die kieferorthopaedische station, die urspruenglich in der wickenburggasse untergebracht war. sie verfuegt ueber die modernsten einrichtungen und geraete, die eine fruehzeitige und erfolgreiche behandlung bei stoerungen der gebissentwicklung ermoeeglichen. seit 1956 wurden im rahmen der kieferorthopaedie rund 9.500 kinder fach-aerztlich beraten und in 2.500 faellen behandelt.

die neue, in der markt-gasse 31-35 gelegene volksschule wurde als ersatzbau fuer das aus dem jahre 1873 stammende und nicht mehr den anforderungen eines modernen schulbetriebs entsprechende schul-gebäude in der liechtensteinstrasse 135 errichtet. sie umfasst

zehn klassenzimmer fuer 270 schueler, ein maedchenhandarbeitszimmer, ein musik- und lichtbildzimmer, lehrer- und arztzimmer, einen turnsaal sowie eine pausenhalle und einen pausenhof. das gebaeude in der marktgasse ist der 91ste schulbau, der von der stadt wien seit dem jahr 1945 errichtet wurde. die kosten dafuer betruagen rund 25 millionen schilling. gleichzeitig mit der zentraljugendzahnklinik und der schule wurde auf dem grundstueck marktgasse - liechtentalergasse - salzergasse auch ein jugendklub und eine tiefgarage mit 41 stellplaetzen errichtet. (zi)

++++

k o m m u n a l :

alsgergrund: fuer sporthalle in der sensengasse

wien, 25.4. (rk) der bezirksvorsteher des 9. bezirks, karl s c h m i e d b a u e r , wurde in einem einstimmig beschlossenen antrag der bezirksvertretung alsgergrund ersucht, sich bei den zu-staendigen stellen fuer die errichtung einer ganzjaehrig benuetz-baren mehrzweckhalle auf dem areal des sportplatzes in der sensengasse einzusetzen.

in der begruendung des antrags heisst es, die derzeit provi-sorische aufrechterhaltung eines eingeschraenkten betriebs auf diesem sportplatz sei zwar bei der bevoelkerung willkommen, je-doch muesste noch vor einer endgueltigen schliessung des platzes bei der planung fuer die gestaltung des areals der notwendigkeit einer sportstaette rechnung getragen werden. eine sporthalle waere fuer die bevoelkerung, fuer viele vereine, vor allem aber fuer die schulen im 9. bezirk ein ausserordentlicher gewinn.

bei der projektierung sollte - nach einem wunsch der bezirks-vertretung - auch geprueft werden, ob im interesse der verschoo-nerung des ortsbildes eine architektonische gestaltung moeglich ist, durch die der am rande des arne carlson-parks befindliche bunker in das objekt einbezogen wird. (am)

++++

k o m m u n a l :

=====

eine zweite heilquelle fuer ober-laa?

1 wien, 25.4. (rk) es ist nicht ausgeschlossen, dass wien zweifacher kurort wird. fachleute vermuten, dass es am suedhang des laaer bergs - nicht sehr weit von der schwefeltherme entfernt - auch eine "jodader" gibt, die sich unter umstaenden erschliessen laesst. die heilquelle ober-laa kurbetriebsgesellschaft hat die untersuchungen eingeleitet. man hege derzeit keine besonderen hoffnungen, erklarte der direktor der heilquelle ober-laa, ing. alfred a u e r, man werde aber sicher die chance nuetzen, auf zwei beinen zu stehen, wenn sich eine solche boete.

derzeit kaempft die kurbetriebsgesellschaft, eine tochter der wiener holding, mit dem problem einer notwendigen erweiterung. das kurmittelhaus ist mit rund 2.500 behandlungen pro tag nahezu ausgelastet, die nachfrage nach einer kur in ober-laa haelt an. selbst in der toten saison kommt man nicht mehr unter 1.700 behandlungen pro tag.

obwohl man den vierten und fuenften stock des kurmittelhauses, wo sich frueher die bueros der wiener internationalen gartenschau 1974 befunden hatten und wo man eine beauty-farm einrichten wollte, bereits fuer den kurbetrieb herangezogen hat, ist man - so auer - bereits am plafond angelangt. prof. gruenberger wurde bereits beauftragt, die moeglichkeiten einer erweiterung des kurmittelhauses zu ueberpruefen.

neben den bisherigen behandlungen haben sich auch die mundbaeder bei zahnfleischentzuendung und zahnfleischschwund sehr bewahrt. seit einiger zeit haben die kassen die kosten fuer die mundbaeder uebernommen, wenn der zahnarzt diese verschreibt.

auf jeden fall erweitert wird das jedermann zugaengliche thermalschwimmbad, das zwei weitere je 300 quadratmeter grosse becken bekommt, eines in der halle, eines im freien. der zubau zur bestehen-

den anlage wird auch ein kinderbecken und eine sauna enthalten. man rechnet mit einer bauzeit von zwei jahren.

auch die pensionsversicherungsanstalt fuer arbeiter wird in ober-laa ein kur- und erholungsheim bauen. dann wird es moeglich sein, die schwefeltherme ganz zu nuetzen. derzeit wird das wasser in der nacht in die liesing geleitet. die temperatur des schwefelwassers ist uebrigens leicht angestiegen, sie betraegt jetzt 54 statt 53,4 grad celsius. (wabvg)

0933

k u l t u r :

einfuehrungsvortrag zur schallaburg-ausstellung

2 wien, 25.4. (rk) einen einfuehrungsvortrag zur grossausstellung des kulturamtes der stadt wien mit waffen und ruestungen aus fuenf jahrhunderten, die vom 14. mai bis 30. oktober unter dem titel "das wiener buergerliche zeughaus" auf der schallaburg bei melk stattfindet, haelt dr. guenther d u e r i e g l am 27. april, um 18.30 uhr, im institut fuer wissenschaft und kunst wien 7, museumstrasse 5. dr. dueriegl vom historischen museum der stadt wien ist einer der verantwortlichen fuer die ausstellung auf der schallaburg. (os)

0958

Kommunal:Wiener Landtag
=====

Wien, 25.4. (RK) Unter dem Vorsitz seiner Ersten Präsidentin Maria Hlawka trat der Wiener Landtag am Montag zu einer Sitzung zusammen.

Ein Antrag der ÖVP betreffend die Einführung der Briefwahl wurde zugewiesen.

Gutachterkommission

Stadtrat Schieder referierte den Gesetzentwurf über die Einrichtung und die Regelung des Aufgabenbereiches von Gutachterkommissionen in Stadterneuerungs- und Bodenbeschaffungsangelegenheiten. Es ist eine Tatsache, daß die bauliche Substanz in vielen Städten und Gemeinden Österreichs zum Teil erneuerungsbedürftig sei. Wien bilde da keine Ausnahme. Der Umfang assanierungsbedürftiger Gebiete nehme auf Grund von Zeitschäden zu, zahlreiche Wohngebiete entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen an die Wohnqualität. Die zum Teil unangemessen hohen Bodenpreise, das überproportionale Steigen der Preise für Wohnbauflächen - das sich auch auf die Höhe der Mietzinse auswirke - und der Umstand, daß Grund und Boden nicht beliebig vermehrbar seien, zwingen dazu, diese nicht dem Marktmechanismus zu überlassen. Gesetzliche Maßnahmen zur Bodenbeschaffung wurden deshalb notwendig. Zwei Bundesgesetze aus dem Jahr 1974 - das Stadterneuerungsgesetz und das Bodenbeschaffungsgesetz - haben die Assanierung und die Beschaffung von Grundstücken zum Inhalt und enthalten eine Reihe von Rechtsinstrumenten - von Vorkaufsrechten bis zu Enteignungsbestimmungen - zu ihrer Erfüllung. In all diesen Fällen ist die Erstellung von Gutachten notwendig. In der vorgeschlagenen landesgesetzlichen Regelung wird die Gutachterkommission des Bundesgesetzgebers in den wesentlichen Grundzügen übernommen, die Abgabe fundierter Gutachten wird gewährleistet.

Abstimmung: Der Gesetzentwurf wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen. (ger)

(Ende des Sitzungsberichtes)

Kommunal:

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 25.4. (RK) Im Wiener Gemeinderat, der unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zusammentrat, wurden vier Anfragen der FPÖ und drei Anfragen der ÖVP eingebracht. Von der ÖVP wurden Anträge betreffend Verbesserung der Verkehrssituation im Raume der Unfallversicherungsanstalt an der Adalbert Stifter-Straße und dem Einbau einer Abgasreinigungsanlage in der Müllverbrennung Spittelau, von der FPÖ betreffend Prüfung der Einhaltung der Wärmedämmungsvorschriften in Neubauten, Auflassung der Fußgängerzone Meidlinger Hauptstraße und Errichtung neuer Apotheken in den Außenbezirken gestellt. Von der Bezirksvertretung Ottakring lag der Antrag vor, die Vorortelinie zu elektrifizieren und für den Personenverkehr zu aktivieren. Die Bezirksvertretung Brigittenau brachte Anträge betreffend eines Standortes für ein Jugendzentrum und der Errichtung eines Hallenbades in der Brigittenau ein. Alle Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Neubau der Floridsdorfer Brücke

GR. Holubarz (SPÖ) referierte den vorgenehmigten Antrag über den Neubau der Floridsdorfer Brücke mit Gesamtkosten von 610 Millionen S wovon eine Baurate von 200 Millionen auf das Jahr 1977 entfällt. GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte eine Feststellung der MA 29, daß bereits vor drei Jahren auf den schlechten Zustand der Brücke hingewiesen worden sei und daß die Auswechslung der schadhaften Fahrbahnkonstruktion längstens bis 1979 erfolgen müsse. Mit solcher Deutlichkeit mag der zuständige Stadtrat informiert worden sein, aber niemals der Gemeinderat. Der Versuch, eine langjährige Mitwissenschaft des Gemeinderates zu konstruieren, müsse zurückgewiesen werden. Offen sei die Finanzierung der Gesamtbrücke, die mit dem Teil über die Donauinsel die Milliardengrenze überschreiten werde. In einem Antrag wird daher verlangt, daß der Bürgermeister mit dem Bund Verhandlungen aufnehme - mit dem Ziel, daß die Brücke in das Bundesstraßennetz übernommen werde und als Ausgleich, angesichts der angespannten Finanzsituation, der Neubau der Traisenbrücke sowie einige Stadtautobahn-

trassen zurückgestellt werden.

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) erklärte, der neuerliche Aderlaß des Steuerzahlers wäre entbehrlich gewesen, hätte man die jahrelangen Warnungen des Kontrollamtes beachtet. 1971, 1972 und 1973 sei immer wieder auf den schlechten Zustand der Floridsdorfer Brücke hingewiesen und die nötigen Finanzierungsmittel verlangt worden. Stattdessen wurden die Mittel noch gekürzt. Noch nach dem Einsturz der Reichsbrücke habe man beruhigend gewirkt und den wahren Zustand der Brücke sehr spät festgestellt. Ein ÖVP-Antrag im Rahmen der Budgetdebatte, betreffend eine Sonderüberprüfung der Brücke und genaue Information des Gemeinderates, wurde als Panikmache hingestellt. Am 23. Dezember wurde dann die Brücke schließlich gesperrt. Laut GR. Ammann habe sogar Bundeskanzler Dr. Kreisky in der Presse erklärt, daß man mit der Sperre vermutlich habe warten müssen, bis die Ersatzbrücke fertig sei. Mit solchen "vermutlich" werde auch in vielen anderen Bereichen Politik gemacht. Auch Ammann verlangte eine Überprüfung des derzeitigen Bundesstraßennetzes nach Prioritäten und brachte den Antrag ein, daß der Bürgermeister beim Bund die Übernahme der Floridsdorfer Brücke in das Bundesstraßennetz fordere. Die Stadt Wien solle einen Vorfinanzierungsvertrag abschließen. (smo)

Die SPÖ stimmt dem FPÖ-Antrag zu, mit dem Bund Verhandlungen über eine Übernahme der Floridsdorfer Brücke und der Herausnahme einiger Autobahnabschnitte aus dem Bundesstraßenkonzept zu führen, erklärte GR. Maria Szöllösi (SPÖ). Allerdings müßte sich die Feststellung, welche Autobahnabschnitte aus dem Bundesstraßenkonzept herausgenommen werden, nach den Ergebnissen des von der Stadt Wien ausgearbeiteten Verkehrskonzeptes richten.

Szöllösi hob die Disziplin der Bevölkerung, den Einsatz der Bediensteten der Verkehrsbetriebe und der Österreichischen Bundesbahnen hervor, ohne die die schwierige Situation nach dem Einsturz der Reichsbrücke und der Sperre der Floridsdorfer Brücke nicht so gut bewältigt werden hätte können. Aber auch die Verwaltung hat seither bewiesen, daß sie rasch und unbürokratisch handeln kann. Die neue Floridsdorfer Brücke wird für die Bevölkerung eine spürbare Verbesserung der Verkehrslage bringen.

Stadtrat Böck (SPÖ) wies in einer kurzen Stellungnahme den Vorwurf zurück, dem Gemeinderat im Dezember keine klare Antwort über den Zustand der Floridsdorfer Brücke gegeben zu haben. Klarheit

herrschte erst am 23. Dezember, nach Vorliegen des Gutachtens und daher konnte am 10. Dezember noch keine klare Antwort gegeben werden. Ebenso entschieden wandte sich Böck gegen den Vorwurf, es bestünde ein Zusammenhang zwischen Sperre der Floridsdorfer Brücke und Eröffnung der Ersatzbrücke.

Stadtrat Böck ist seiner Informationspflicht gegenüber dem Gemeinderat nicht nachgekommen, erklärte GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung. Böcks Pflicht wäre es gewesen, am 10. Dezember in der Gemeinderatssitzung über den kritischen Zustand der Floridsdorfer Brücke zu berichten. Die Vermutung, es bestünde ein Zusammenhang zwischen Sperre der Floridsdorfer Brücke und Öffnung der Ersatzbrücke, hat Bundeskanzler Dr. Kreisky aufgestellt. Die ÖVP hat nur den Bundeskanzler zitiert.

Abstimmung: Der Neubau der Floridsdorfer Brücke wurde einstimmig beschlossen. Der ÖVP-Antrag wurde einstimmig den Gemeinderatsausschüssen Stadtplanung und Finanzen und Wirtschaft zur Behandlung zugewiesen. Der FPÖ- und SPÖ-Antrag wurde einstimmig angenommen. (sei)

Grundwasserwerk Nußdorf

GR. Haberl (SPÖ) beantragte für die verfahrenstechnischen und baugrundmäßigen Voruntersuchungen zur Errichtung einer Aufbereitungsanlage im Grundwasserwerk Nußdorf die Genehmigung eines Sachkredits in Höhe von 6 Millionen S. Die Errichtung der Aufbereitungsanlage sei erforderlich, weil das Werk Nußdorf, das 15 Prozent des Wiener Wasserbedarfs deckt, im Juni 1976 erstmals aus hygienischen Gründen den Betrieb einstellen mußte.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Dr. Strunz (ÖVP) stellte fest, daß das Grundwasserwerk Nußdorf ursprünglich nur für die Notwasserversorgung während des letzten Krieges vorgesehen war. Wiederholt sei die starke Chlorierung des gelieferten Wassers beanstandet worden, vor allem von Verbrauchern aus den Bezirken 1, 9, 19 und 20. Bei den Versuchen zur Ermittlung des besten Aufbereitungsverfahrens sollte nicht nur mit Chlor und Ozon gearbeitet werden, sondern auch mit Wasserstoffperoxyd, außerdem sollte auch die Regeneration der Aktivkohle untersucht werden. Die ÖVP werde dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Nittel (SPÖ) illustrierte den steigenden Wasserbedarf der Wiener Bevölkerung. 1910 betrug der Wasserverbrauch pro Kopf und Tag 62 Liter. 1945 war er auf 102 Liter, 1955 auf 250 und 1976 auf 300 Liter gestiegen.

Die Verunreinigung durch Phenol habe 0,7 Milligramm pro Liter betragen, das sei das Siebzigfache der von der Weltgesundheitsorganisation als zulässig erklärten Menge. Demnach müsse irgendwo 20 Kubikmeter Phenol in die Donau gelangt sein, um die begleitenden Grundwasserströme derart zu verunreinigen. Nach Feststellung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 23. Dezember 1976 handle es sich um einen sehr potenten Verunreiniger, weshalb er, Nittel, die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet habe. Bei den Grundwasserbrunnen in der Lobau wurden hingegen keine Verunreinigungen festgestellt. Seit 14. April arbeite das Grundwasserwerk Nußdorf wieder, die einwandfreie Qualität des Wassers werde ständig kontrolliert.

Meldungen über angebliche Schwierigkeiten bei der Wasserversorgung beantwortete Stadtrat Nittel mit der Feststellung, daß es gelungen sei, Wasserverluste von täglich 50.000 Kubikmeter zu verhindern. Von den drei Rohrbrüchen der letzten Zeit wurden zwei durch Fremdverschulden verursacht, beim dritten handelte es sich vermutlich um einen Materialfehler an einem vor elf Jahren verlegten Rohrstrang.

Von der dritten Wiener Wasserleitung, die aus Moosbrunn täglich 65.000 Kubikmeter liefern werde, sind die beiden Brunnen und der Behälter Moosbrunn mit einem Fassungsraum von 40.000 Kubikmeter fertig. Auch der Behälter Unter-Laa, Fassungsraum 162.000 Kubikmeter, sei praktisch fertig, ebenso die Verlängerung der Rohrleitung zum Behälter Rosenhügel. An der Errichtung der Rohrleitung von Moosbrunn nach Wien, die einen Durchmesser von 1.400 Millimeter aufweist, werde intensiv gearbeitet.

Den von Stadtrat Busek geäußerten Vorschlag, anstelle von Stahlrohren Rohrleitungen aus Kunststoff zu verwenden, lehnte Nittel ab, da Kunststoffrohre nicht in der Lage seien, die erforderlichen Transportleistungen zu erbringen. Abschließend wandte sich Stadtrat Nittel scharf gegen die von der ÖVP geforderte Reprivatisierung kommunaler Unternehmen.

Stadtrat Neusser (ÖVP) beschuldigte Stadtrat Nittel einer Polemik, die das auf Grund der Verfassung und der Gemeinderatsordnung erlaubte Mass weit überschreite, weshalb Nittel vom Vorsitzenden hätte zur Ordnung gerufen werden müssen.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) deponierte, daß auch von der SPÖ Reprivatisierungen ins Auge gefaßt würden und nannte als Beispiel die zur Verbrennung des Abwasserschlammes gegründete Gesellschaft, die zu 50 Prozent in privaten Händen sei.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (we)

Hochstraße

GR. Holubarz (SPÖ) referierte den Antrag über die Erstellung eines generellen Projektes für die Hochstraße im Zuge der S 2 im Abschnitt Prager Straße - Shuttleworthstraße.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezeichnete die Trasse der S 2 zwischen Prager Straße und Brünner Straße als eines der wichtigsten Straßenprojekte in Wien. Vor der Fertigstellung dieses Straßenstückes werde es weiterhin täglich Stauungen im Bereich der Nordbrücke und der Prager Straße geben. Schon vor fünf Jahren sei dieses Straßenstück vom Bautenministerium in die erste Dringlichkeitsstufe gereiht worden. Erst jetzt aber werde die Erstellung eines generellen Projektes in Auftrag gegeben. Dr. Hirnschall kritisierte diese "saumselige" Behandlung eines so wichtigen Projektes und stellte die Frage, wann nun mit der Fertigstellung dieser Straße zu rechnen sei.

GR. Holubarz (SPÖ) betonte in seinem Schlußwort die Dringlichkeit dieses Projektes, mit dessen rascher Durchführung zu rechnen sei.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Friedhöfe

Im Zuge der Überprüfung der MA 43 durch das Kontrollamt sei festgestellt worden, daß keine Verzinsung der Anlagewerte vorgenommen werde, erklärte GR. Peska (SPÖ). Er stellte den Antrag, dafür eine neue Ausgabenpost in der Höhe von 14 Millionen S im Budget zu eröffnen.

GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) erklärte, daß die ÖVP diesen Antrag ablehnen werde, da zu befürchten sei, daß er zur Vorbereitung einer späteren Erhöhung der Friedhofsgebühren diene. Es handle sich dabei um eine rein fiktive Ausgabe. Auch bei zahlreichen anderen Abteilungen - so beim Landwirtschaftsbetrieb, bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung und bei den Bädern - werden keine Verzinsungen durchgeführt. Das Budget sei keine Kostenrechnung, es sei problematisch, ein kameralistisches Budget mit Elementen der Kostenrechnung zu versehen.

Stadtrat Mayr (SPÖ) stellte fest, daß die beantragte Vorgangsweise auf alte Beschlüsse des Gemeinderates zurückgehe, deren Wirkung nun richtigerweise auch auf die MA 43 ausgedehnt werde. Die von seinem Vorredner aufgezeigten Ausnahmen werden untersucht werden. Es bestehe ein entscheidender Unterschied zwischen einer Kostendeckung und der Tatsache, daß der Gemeinderat die tatsächlichen Kosten einer Einrichtung kennen soll. Ein Zusammenhang mit der Festsetzung von Gebühren sei nicht herstellbar. Mayr wies auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen privaten und kommunalen Betrieben hin. Diese müßten eingreifen, wo private Unternehmer nicht oder zum Schaden der Sache tätig werden. Jener Unterschied liege in der Zielsetzung, nicht in der Kostenrechnung und in der Buchführung.

Das Budget könne keine Kostenrechnung sein, wiederholte GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung. Die Wiener Haushaltsordnung sei unpräzise und reformbedürftig. Es bestehe ein Unterschied zwischen Kultur- und Kulturaufgaben und rein betrieblichen Aufgaben.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ. (ger)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

25. april 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 995

k o m m u n a l :

geehrte redaktion

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

4 wien, 25.4. (rk) im herbst 1973 wurde der prototyp eines von den wiener verkehrsbetrieben in auftrag gegebenen gelenkautobusses in betriab genommen. die autobusse wurden seither laufend weiterentwickelt und verbessert. am diensttag, dem 3. mai, wird stadtrat franz n e k u l a den 100. gelenkautobus, der an die wiener verkehrsbetriebe ausgeliefert wird, uebernehmen.

berichterstatter und fotografen sind dazu herzlich eingeladen.

(ger)

bitte merken sie vor:

zeit: diensttag, 3. mai, 10.30 uhr,

ort: oeaf - graef und stift - omnibuswerk Liesing, wien 23,
carlbergergasse 40 - 42.

1137

L o k a l :

erste wiener krimi-lesung

7 wien, 25.4. (rk) der wiener polizeipraesident dr. karl reidinger persoendlich leitet eine lesung von kurzkrimis ein, die am mittwoch, dem 27. april, um 19 uhr, im freizeit-center, wien 23, erlaaer strasse 52, stattfindet. rainer artenfels, der bekannte wiener schauspieler, liest auf einladung des forum 23 kurzkrimis von brown, kemelmann und kreiner. als kulinarische stilgerechte zuspelse gibt es einen echten haef'n-eintopf. unkostenbeitrag 50 schilling. (os)

1217

ehrenring der stadt wien fuer prof. breitenecker

5 wien, 25.4. (rk) der wiener gemeinderat hat montag beschlossen, dem gerichtsmediziner em. e. univ.-prof. dr. leopold breitenecker mit einer der hoechsten auszeichnungen der stadt wien zu ehren. breitenecker erhaelt in wuerdigung seiner ausserordentlichen leistungen den ehrenring der stadt wien. (pr)

1138

k o m m u n a l :

=====

wiener katastrophenhilfegesetz fertiggestellt

11 wien, 25.4. (rk) das wiener katastrophenhilfegesetz ist im entwurf fertiggestellt: es umfasst alle massnahmen, die zum schutz der bevoelkerung vor katastrophen dienen koennen, dient zur warnung und alarmierung von bevoelkerung und einsatzkraefte im notfall und legt massnahmen zur bekaempfung von unmittelbar bevorstehenden oder bereits eingetretenen katastrophen fest. dazu gehoeren unter anderen auch bestimmungen ueber einen erweiterten selbstschutz der bevoelkerung sowie die moeglichkeit, im notfall personen oder organisationen zu dienst- und sachleistungen zu verpflichten (etwa die beschlagnahme von geraeten, die fuer die katastrophenskaempfung benoetigt werden).

das katastrophenhilfegesetz selbst umfasst mehrere teile: dazu gehoert unter anderen ein abschnitt mit den bestimmungen ueber den katastrophenschutz selbst, in dem die erstellung eines katastrophenschutzplanes gesetzlich festgelegt wird. dieser plan soll zur verhuetung beziehungsweise zur abwehr oder bekaempfung von katastrophen dienen und eine uebersicht ueber die oertlichen gegebenheiten, eine beschreibung absehbarer katastrophen mit den dabei besonders gefaehrdeten gebieten und den zu erwartenden gefahren, eine aufzuehlung der dem magistrat zur verfuegung stehenden alarm-, nachrichten-, hilfs- und rettungseinrichtungen sowie eine zusammenfassung aller massnahmen, die im notfall zu treffen sind, enthalten. um einen besseren selbstschutz zu erreichen, soll der wiener bevoelkerung ausserdem die moeglichkeit geboten werden, die fuer den schutz der eigenen person, der angehoerigen oder des besitzes notwendigen kenntnisse im katastrophenfalle zu erhalten.

ein weiterer abschnitt regelt den katastrophenalarm und verpflichtet den magistrat, einen katastrophenalarmplan zu erstellen. durch diesen alarmplan sollen bei unmittelbar drohenden katastrophen moeglichst alle personen im stadtgebiet gewarnt beziehungsweise alarmiert werden.

fuer den katastropheneinsatz koennen vom magistrat ausser den eigenen mitteln auch jene einrichtungen und organisationen herangezogen werden, die sich zur mitarbeit im notfall bereit erkluert haben

und im katastrophenschutzplan verzeichnet sind. ausserdem koennen physische oder juristische personen zu dienst- und sachleistungen verpflichtet werden.

die leitung jedes katastropheneinsatzes im bereich der stadt wien hat der wiener buergermeister. fuer katastrophenaefalle wurde im rathaus selbst eine katastrophenleitzentrale eingerichtet, die mit den modernsten technischen geraeten ausgestattet ist und eine staendige, vom normalen netz unabhaengige telefonverbindung zu allen wichtigen stellen - etwa feuerwehr, polizei, bundesheer usw. - besitzt. diese katastrophenleitzentrale ist bereits fertiggestellt und steht fuer den notfall als "quartier" fuer die einsatzleitung zur verfuegung. (hs)

1330

k o m m u n a l :

=====

"fruehjahrsputz": 20.000 kubikmeter muell und geruempel beseitigt

13 wien, 25.4. (rk) beim diesjaehrigen "fruehjahrsputz" der stadt wien wurden von der staedtischen strassenreinigung und muellabfuhr insgesamt rund 20.000 kubikmeter muell und geruempel beseitigt. damit war dieser aktion, die unter dem titel: "damit wien sauber bleibt", vom 17. bis 24. april durchgefuehrt worden ist, ein schoener erfolg beschieden. besonders zu begruessen war die mitarbeit verschiedener privater vereine und verbaende sowie eine gleichartige aktion in den schulen, bei den dienststellen der polizei und der post. dies teilte der amtsfuehrende stadtrat fuer staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz, heinz n i t t e l , montag mit.

allein von der wiener stadtverwaltung waren an der aktion 13.871 arbeitskraefte beteiligt. die stadtreinigung setzte 131 kehrmaschinen, 188 strassenwaschmaschinen und zum abtransport von geruempel 897 lastkraftwagen bis zu zehn tonnen, insgesamt 1.216 fahrzeuge ein. ueberdies kamen 68 radlader und laderaupen, 297 muldentransporter und 828 muellwagen zum einsatz. unter den fahrzeugen befanden sich auch solche privater firmen. 132 autowracks wurden abgeschleppt. mit 917 lkw- und kleinfahrzeugfuehren wurden die eingesammelten 20.000 kubikmeter muell und geruempel den staedtischen deponien oder der muellverbrennung zugefuehrt.

experiment grossfeldsiedlung

das in der grossfeldsiedlung heuer erstmals durchgefuehrte experiment, ein geschlossenes siedlungsgebiet durch wechselseitiges halte- und parkverbot innerhalb von zwei tagen zu reinigen, zeigte mehr erfolg als erwartet. am zweiten putztag hielten sich weit mehr autobesitzer an das verbot als am ersten. hier waren insgesamt vier kehrmaschinen, je zwei waschmaschinen und schlammsaugwagen sowie ein kleinfahrzeug im einsatz.

./.

naechstes mal noch mehr mitarbeit der wiener (rufz)

ausser den schulkindern beteiligten sich an der reinigungsaktion jugendorganisationen, die wiener naturwacht, die arbeiterfischer, die arbeitersamariter, verschiedene siedlervereinigungen und der arboe. auch die feuerwehr war im rahmen von tauchuebungen bei der saeuberung von gewaessern dabei. nittel sprach die hoffnung aus, dass sich bei der naechsten aktion "fruehjahrsputz" noch wesentlich mehr wiener als heuer beteiligen werden, um das stadtbild zu verschoenern. (wfz)

damenhandtasche in badeteich gefunden

eine damenhandtasche mit inhalt - reisepass, drei sparbuecher, schluessel und ein zulassungsschein - fanden die feuerwehrtaucher im rahmen des fruehjahrsputzes bei ihrem einsatz im badeteich hirschstetten. die handtasche wurde der polizei zur weiteren untersuchung uebergeben.

aus dem heustadlwasser holten die taucher der wiener feuerwehr insgesamt 12 kubikmeter geruempel, das von der ma 48 abtransportiert wurde.

4,5 tonnen alteisen aus dem wienerwald entfernt

die staedtischen garten- und parkanlagen und die waelder wurden ebenfalls gruendlich gereinigt und von illegalen ablagerungen befreit: so entfernten die mitarbeiter des staedtischen forst- und landwirtschaftsbetriebes allein aus den gebieten lainzer tiergarten und wienerwald-hoehenstrasse-bisamberg 4,5 tonnen alteisen und 65 kubikmeter muell. in der lobau und am laaer berg wurden eine halbe tonne altes eisen und 50 kubikmeter muell beseitigt. als sonderaktion leiteten die mitarbeiter des forstamtes - sie leisteten waehrend des fruehjahrsputzes rund 2.000 arbeitsstunden, um geruempel aus den waeldern zu entfernen - die saeuberung des pappelteiches in liesing ein.

das stadtgartenamt sorgte fuer mehr sauberkeit in den parks: so wurden allein im bereich des gartenbezirks 1 - er umfasst den 1. bezirk sowie teile des 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. bezirks - 2.500 baenke gewaschen. vom roten berg und von den gruenflaechen am

25. april 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1001

kueniglberg wurden acht lastwagenladungen muell abtransportiert. gereinigt wurden auch die teichanlagen im maurer rathauspark und im maxingpark sowie das krebsenwasser.

zahlreiche weitere, verschmutzte parkanlagen und gruenflaechen - darunter st. marxer friedhof, wertheimsteinpark, keplerpark, der bereich um die stadthalle und die gebiete in unter- und ober-laa - wurden ebenfalls gesaeubert. (hs) (schluss)

1428